



Presseschau vom 06.11.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ Staromichajlowka im Westen der Hauptstadt der DVR sowie Spartak und Shabitschewo (Shabunki) nördlich von Donezk beschossen. Darüber berichtete eine informierte Quelle. „Gegen 20 Uhr am 5. November haben Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte das Feuer mit „Grad“ auf Staromichajlowka eröffnet. Es wurden etwa drei Salven abgefeuert, ebenfalls wurde mit Schusswaffen geschossen. Etwas zur gleichen Zeit begann ein Beschuss von Shabitschewo und Spartak, der bis 5 Uhr morgens andauerte“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass das Feuer auf die nördliche Umgebung der Stadt mit Granatwerfern des Kalibers 82 mm erfolgte.

De.sputniknews.com: Absturz über Sinai: Keine Enträtselung durch Auswertung von Black Box

Die Auswertung der Flugschreiber-Daten von der über dem Sinai abgestürzten Passagiermaschine hat laut der Tageszeitung „Kommersant“ keine Fortschritte bei der Ermittlung von Ursachen des Unglücks gebracht.

Wie die Zeitung aus den Ermittlern nahe stehenden Quellen erfuhr, waren „alle Flugzeugsysteme während des gesamten Fluges, der etwas mehr als 20 Minuten gedauert

hat, intakt“. „Danach geschah etwas, wonach es zu einem abrupten Stopp des Fixierens aller Parameter der Flugzeugsysteme kam“, hieß es.

Nach Ansicht von Experten konnte es infolge eines explosionsartigen Drucksturzes in der Kabine geschehen, bei dem sich das Heckteil der Maschine, in dem sich der Flugschreiber befand, vom restlichen Rumpf abtrennte...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30537/92/305379256.jpg>

Dan-news.info: Die letzte Nacht verlief in den Städten und Bezirken entlang der Kontaktlinie ruhig, die örtlichen Behörden stellten keine Beschüsse fest.

„Alles ist normal. Wir haben ruhig geschlafen“, teilte die Stadtverwaltung von Gorlowka mit. Die Einhaltung des „Regimes der Ruhe“ entlang der Kontaktlinie bestätigten auch die Verwaltung von Makejewka, Jasinowataja, Nowoasowsk und Telmanowo. „Alles ist ruhig“, sagte der Leiter der Verwaltung des Telmanowo-Bezirks.

Zuvor war heute mitgeteilt worden, dass die ukrainischen Streitkräfte Vorstädte von Donezk unter Verwendung von Mehrfachraketenwerfersystemen und Granatwerfern des Kalibers 82mm beschossen haben.

De.sputniknews.com: Biden sichert Kiew eine Milliarde Dollar zu – „Für Antikorruptionskampf“ in Ukraine

US-Vizepräsident Joe Biden hat dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko eine dritte Tranche in Höhe von einer Milliarde US-Dollar für Antikorruptionskampf und Steuerreform versprochen, teilt das Weiße Haus mit.

Am Donnerstag hatten Biden und Poroschenko bei ihrem Telefonat den Verlauf der Regelung des Konflikts in der Ostukraine und die Wirtschaftssituation im Lande erörtert.

„Der Vizepräsident betonte die Bereitschaft der USA, der Ukraine einen dritten Kredit in Höhe von einer Milliarde Dollar im Rahmen von Bemühungen um die Aufdeckung und strafrechtliche Verfolgung von Korruption zu gewähren“, heißt es in der Mitteilung. Außerdem soll die Geldtranche garantieren, „dass die Steuerreform in der Ukraine in Übereinstimmung mit dem IWF-Programm erfolgt“.

Ende Oktober hatte die US-Handelsminister Penny Pritzker verkündet, dass US-Präsident Barack Obama Schritte zur Gewährung der dritten Tranche der makroökonomischen Hilfe für die Ukraine plant.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben während des nächtlichen Beschusses von Spartak und Shabitschewo (Shabunki) am nördlichen Rand von Donzek 53 Granatgeschosse

des Kalibers 82mm abgeschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den bewaffneten Strukturen der DVR mit.

De.sputniknews.com: „Will jemand noch ‚Charlie‘ sein?“ – Moskau über Karikaturen zum A321-Absturz empört

Mit Empörung haben russische Politiker auf die im französischen Satire-Magazin „Charlie Hebdo“ veröffentlichten Karikaturen zum Absturz der russischen Passagiermaschine A321 über dem Sinai reagiert, bei dem 224 Insassen ums Leben kamen.

Das erste Bild zeigt Wrackteile und Fluggäste, die vom Himmel auf den Kopf eines Terroristen runterfallen. Der Text zum Bild lautet: „Russische Fliegerkräfte verstärken ihre Bombenangriffe.“

Auf dem zweiten Bild „spricht“ ein unter den Trümmerteilen der Maschine liegender Schädel von der Gefährlichkeit der Flüge mit russischen Low-Cost-Linien.

Igor Morosow, Mitglied des Föderationsrates (Oberhaus), bewertete die Karikaturen als eine „Verhöhnung des Andenkens“ der Opfer. „Die Originalitätssucht von ‚Charlie Hebdo‘ schockiert einfach. Ungewollt erinnert man sich an die Tragödie im Januar 2015. Ich denke, die Journalisten provozieren selbst zu Gewaltanwendung“, sagte er im russischen Fernsehsender RenTV.

Bei einem bewaffneten Überfall auf den Redaktionssitz des Magazins in Paris waren im Januar 12 Mitarbeiter und zwei Polizisten ums Leben gekommen. Die Angreifer wurden später aufgespürt und beim Fluchtversuch getötet. Der Überfall war eine Reaktion auf Mohammed-Karikaturen in „Charlie Hebdo“.

Bilder von zweifelhaftem Geschmack sind ein „Markenzeichen“ des Magazins. Im Sommer erschien dort eine Karikatur zum Absturz einer malaysischen Boeing über dem Indischen Ozean.

Die im September abgedruckten Karikaturen galten dem Tod eines dreijährigen syrischen Flüchtlingskindes.

Nach dem Überfall auf die Redaktion kam es im Januar zu Solidaritätsdemonstrationen in mehreren Städten Europas, deren Teilnehmer Schilder „Ich bin Charlie“ trugen. In Anspielung darauf twitterte Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenamtes, am Freitag in ihrer Reaktion auf die jüngsten Karikaturen im französischen Magazin: „Will jemand noch ‚Charlie‘ sein?“



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30543/90/305439042.jpg>

Dnr-online.ru: Im Makejewker pädagogischen Institut fand unter der Schirmherrschaft des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR eine wissenschaftlich-praktische Konferenz über das Thema „Die Freundschaft Völker der Sowjetunion als entscheidender

Faktor des Siegs über den Faschismus“. An der Konferenz nahmen Lehrer sozialökonomischer Fächer von Bildungseinrichtungen aus Makejewka und anderen Städten der DVR und Vertreter nationaler kultureller Organisationen teil.

„Unsere Konferenz ist einem bedeutsamen Datum gewidmet, dem 70. Jahrestag des Sieges, und verfolgt ein bedeutsames Ziel, das Gedenken und die Ehrung der Heldentat des Volkes. Wir wollen die Bedeutung der Freundschaft der Völker am Beispiel des vielnationalen Donbass zeigen“, erklärte vor Beginn der Konferenz die stellvertretende Direktorin des Makejewker pädagogischen Instituts Natjalja Prokoptschenko.

„Von Ihnen, den Lehrern, die mit der jungen Generation arbeiten, hängt in erster Linie die Erziehung der Jugend ab; Sie können den patriotischen Geist der Zeit des Großen Vaterländischen Kriegs weitergeben, den unsere Kinder jetzt brauchen, wo der Aufbau unseres Staates stattfindet“, sagte bei der Eröffnung der Konferenz die Leiterin der Abteilung für mittlere berufliche Bildung des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR Swetlana Daniltschenko.

Ein wesentlicher Teil der Konferenz wurde von einem Beitrag der historischen Theaterstudios des Makejewker pädagogischen Instituts eingenommen. Mit Bezug auf historische Fakten unterstrichen die Studenten, dass der Internationalismus, der für das Volk des Donbass charakteristisch ist, ein leuchtendes Beispiel der Freundschaft der Völker in der sowjetischen Epoche ist. Die Mentalität des Donbass ist eine eigentümliche Erscheinung, die sich aus dem Zusammenfluss vieler Kulturen und nationaler Traditionen gebildet hat, aber gleichzeitig sehen sich die Einwohner des Donbass als Teil der russischen Welt. Vertreter nationaler kultureller gesellschaftlicher Organisationen – Russen, Weißrussen, Tartaren, Roma, Griechen – berichteten von Angehörigen ihrer Gemeinschaften, deren Heldentaten während des Großen Vaterländischen Kriegs und Erfolgen bei Arbeit, Wissenschaft und Kunst.

De.sputniknews.com: Ukraine: Parlamentarierin bekommt Flasche über den Kopf gezogen

Die ukrainische Abgeordnete Alexandra Kuschel von der Timoschenko-Partei Batkiwtschina (Vaterland) ist laut einem Fraktionssprecher ins Krankenhaus eingeliefert worden, nachdem ihr Kollege Andrej Teteruk von der Volksfront-Fraktion ihr eine Glasflasche auf den Kopf geschlagen hatte.

„Er schlug ihr die Wasserflasche geradezu auf den Kopf“, sagte Sergej Jewtuschkow von der Vaterlandspartei im TV-Sender „112 Ukraine“. „Wir riefen sofort den Krankenwagen und maßen ihr den Blutdruck. Der war sehr hoch, ihr wurde übel. Jetzt ist sie in medizinischer Behandlung.“

Spannung im Sitzungssaal hätte diesen unangenehmen Zwischenfall in einem Nebenraum zur Folge gehabt, teilte der Parlamentschef Wladimir Groisman via Facebook mit. Zwischen den Abgeordneten Andrej Teteruk und Alexandra Kuschel sei es zu einem Streit gekommen. „Die Ursache für den Konflikt mag egal sein, ich halte solche Zusammenstöße zwischen Abgeordneten generell für unzulässig – insbesondere zwischen Mann und Frau.“ Groisman zufolge werde in dieser Angelegenheit in gebührender Weise ermittelt.

Später zeigte Teteruk Reue und bat um Entschuldigung. Die Fraktion der Partei Batkiwtschina forderte jedoch, Teteruk mit sofortiger Wirkung das Mandat zu entziehen. Sonst würde die Fraktion an weiteren Parlamentssitzungen nicht teilnehmen, hieß es. (Videoaufzeichnung der Überwachungskamera)

<iframe width="640" height="360" src="https://www.youtube.com/embed/l3pzLVtKnB4" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/l3pzLVtKnB4>

Dan-news.info: Die Pädagogen der DVR erhalten ab November dieses Jahres um 15 Prozent höherer Arbeitsentgelte. Dies teilte heute die Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft des Landes Asja Gorschkowa mit.

Gorschkowa erinnerte daran, dass die Erhöhung eine etappenweise Einführung eines neuen Entgeltsystems ist, das seit Oktober 2015 eingeführt wurde. Zuvor war mitgeteilt worden, dass die neuen Entgelte zuerst die Mitarbeiter von Kindergärten, dann von Schulen und schließlich die Beschäftigten der höheren Bildungseinrichtungen erhalten.

„Wir denken, dass mit Beginn des nächsten Jahres mit einigen Änderungen im Haushalt dies vollständig umgesetzt werden wird“, fügte die Gewerkschaftsvorsitzende hinzu.

Die Gewerkschaft der Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft hat derzeit 81.000 Mitglieder, davon sind 25.000 Studierende.

Dan-news.info: Die DVR und die UNO werden im humanitären Bereich im Rahmen der in der Republik geltenden Regeln über die Akkreditierung internationaler Mission zusammenarbeiten. Dies teilte heute der Leiter des interministeriellen Komitees zur Akkreditierung humanitärer Organisationen, der Sprecher des Parlaments der DVR Denis Puschilin zu den Ergebnissen eines Treffens, das gestern Abend in Donezk mit dem stellvertretenden UN-Generalsekretär zu humanitären Fragen Stephen O'Brien stattgefunden hat.

„Wir haben vereinbart im Weiteren zusammenzuarbeiten, aber im Rahmen der bestehenden Regeln, die sowohl im Erlass des Republikoberhauptes als auch in dem Beschluss des interministeriellen Komitees zur Akkreditierung humanitärer Missionen vorgesehen sind“, sagte Puschilin.

Er unterstrich, dass die DVR auf der Akkreditierung aller humanitären Organisationen in Übereinstimmung mit den in der Republik geltenden Regeln bestehen wird. „Die Verteilung und Buchführung von humanitärer Hilfe muss unter enger Kontrolle des Staates erfolgen. Das Durcheinander in der Arbeit humanitärer Missionen, das zu Beginn der Staatsbildung möglich war, ist für uns jetzt nicht akzeptabel“, sagte er.

Mitte Oktober wurde bekannt, dass die Behörden der DVR der UNO humanitäre Aktivitäten in der Republik nicht gestattet haben, weil die Vertreter der Organisation für sie besondere Akkreditierungsbedingungen verlangt haben.

De.sputniknews.com: Nord Stream 2: Kiew befürchtet Gewinneinbrüche in Milliardenhöhe
Im Falle der Umsetzung des Nord-Stream-2-Projekts würden der Ukraine Gewinne in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar entgehen, sagte der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk laut dem Webportal seiner Regierung nach einem Treffen mit den Regierungen der Baltischen Staaten in Riga.

„Wir sind als Staat Ukraine davon überzeugt, dass es bei diesem Projekt nicht um wirtschaftliche, sondern nur mit politische Fragen geht“, so Jazenjuk.

Der ukrainische Premier rief die EU-Kommission und die Regierungschefs der Baltischen Staaten auf, „dieses Problem ernstzunehmen“.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht den Bau von zwei zusätzlichen Gaspipelines vor, die von Russland nach Deutschland durch die Ostsee verlaufen und eine Jahreskapazität von insgesamt 55 Milliarden Kubikmeter haben sollen.

Ein diesbezügliches Abkommen der Aktionäre der New European Pipeline AG, die die Bauarbeiten für die Gasleitung übernehmen soll, wurde am 4. September unterzeichnet.

Ukrinform.ua: Baltische Staaten unterstützen entschieden die europäischen Bestrebungen der Ukraine, sowie ihre Absichten, die Reformen durchzuführen.

So heißt es in der gemeinsamen Erklärung nach dem Treffen der Premierministerin von Lettland, Laimdota Straujuma, des Premierministers von Estland, Taavi Rõivas, von Litauen, Algirdas Butkevicius, und von der Ukraine, Arsenij Jazenjuk, meldet das ukrainische

Regierungsportal.

„Drei baltische Länder unterstützen nicht nur politisch die stärkere Integration der Ukraine mit der EU, sondern leisten auch der Ukraine praktische Hilfe durch den Austausch von Erfahrungen bei der Umsetzung der Reformen in Bereichen wie Regionalpolitik, Landwirtschaft, Bekämpfung von Korruption und Bildung. Während des Treffens bekräftigten sie, dass die baltischen Länder die Ukraine auch in Zukunft unterstützen werden, weil wir uns alle darüber einig sind, dass die sichere, demokratische und wirtschaftlich starke Ukraine nicht nur unseren Interessen, sondern auch den Interessen aller ihren Nachbarn und Europas als Ganzes entspricht“, heißt es in der Erklärung.

Nach der Ansicht der Regierungschefs soll die aktive und konsolidierte EU-Politik, die auf die Unterstützung der Umsetzung von Reformen in der Ukraine gerichtet ist, fortgesetzt werden. Seinerseits informierte der ukrainische Premierminister seine Amtskollegen über die erbrachten Leistungen der Regierung im Reformprozess. „Wir haben die erreichten Ergebnisse hoch geschätzt, auch in solchen Sphären wie makroökonomische Stabilisierung, finanzielle Dezentralisierung, Deregulierung, Energiereform, Landwirtschaft, Verkehr und Polizeireformen, sowie die Verbesserung des Investitionsklimas“, wird in der Erklärung weiter angegeben.

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt ruhig, Beschüsse und Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden in den letzten 24 Stunden nicht festgestellt.

Gleichzeitig sagte Jaschtschenko, dass die ukrainische Seite trotz des Waffenstillstands nicht auf die Möglichkeit eines bewaffneten Szenarios zur Lösung des Konflikts verzichtet, nach seinen Worten „wird dies auf offizieller Ebene erklärt, die Kiewer Truppen drohen sogar mit einer Rückführung von Technik und Waffen auf die früheren Positionen“.

„Wenn man die innenpolitische Situation berücksichtigt, die sich jetzt in der Ukraine entfaltet, so schließen wir provokative Handlungen nationalistischer Kräfte mit dem Ziel einer Eskalation des Konflikts nicht aus“, sagte der stellvertretende Leiter des Stabs.

„Ein weiteres Mal will ich erklären und daran erinnern, dass wir die Minsker Vereinbarungen und deren Zusatz, die von unserer Führung unterzeichnet wurden unterstützt haben und auch weiterhin unterstützen werden“, unterstrich er.

Jaschtschenko teilte auch mit, dass auf den Truppenübungsplätzen der Volksmiliz der LVR Übungen zur Ausbildung des Personals weitergehen, darunter auch neu rekrutierte Soldaten, die ihre weiteres Schicksal mit der Verteidigung der Republik verknüpfen wollen.

Die Volksmiliz stellt einen Abzug von Waffen und Waffentechnik von der Kontaktlinie durch Kiew fest.

„Wir beobachten symmetrische Handlungen zum Abzug von Technik und Waffen durch die ukrainische Seite und hoffen auf eine Fortsetzung des Dialogs“, sagte.

„Und wir hoffen bald die Ergebnisse dieses Dialogs zu sehen, den Abschluss der Bildung einer 30km-Sicherheitszone, die es erlauben wird, unseren Kurs auf eine friedliche Regelung des Konflikts fortzusetzen“, erklärte Jaschtschenko.

Ukrinform.ua: Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist der Auffassung, dass in der

Ukraine zurzeit nicht der beste Moment für die Steuerreform ist.

Das erklärte die Finanzministerin der Ukraine, Natalia Jaresko, im Interview mit der ukrainischen Zeitung „Heute“.

„Der IWF ist nicht gegen die Steuerreform, aber glaubt, dass jetzt nicht der beste Moment ist. Der IWF versteht, welche schwere Krise in der ukrainischen Wirtschaft ist, in welchem schwachen Zustand die Staatsfinanzen sind“, sagte die Ministerin.

Jaresko zufolge schlägt der IWF sogar zur Stabilisierung der Situation Schritte vor, die im Gegensatz zur Ideologie der Steuerreform der Regierung stehen.

„Der IWF will nicht, dass wir das Haushaltsdefizit wieder wachsen lassen, wieder Schulden machen und unsere Stabilität verlieren. Deshalb, um zu helfen, die Situation zu stabilisieren, schlugen sie sogar vor, einige Steuersätze leicht zu erhöhen“, sagte Jaresko.

Gleichzeitig wäre Jareskos Meinung nach noch schlimmer, die Steuerreform nicht durchführen und beim Alten bleiben: „Ich bin überzeugt, dass die Steuerreform, die wir anbieten, ein sehr wesentliches Ergebnis haben wird“.

De.sputniknews.com: Der Kreml hat die jüngste Verletzung der Waffenruhe im ostukrainischen Donbass kritisiert und die Konfliktgegner zum Abzug weiterer Waffen aus dem Kampfgebiet aufgerufen.

Die Donezker Volksrepublik beschuldigt die ukrainische Armee, am Donnerstagabend mehrere Ortschaften der selbsterklärten Region aus Mehrfachraketenwerfern und Mörsern beschossen zu haben. Der Generalstab in Kiew berichtet seinerseits von einem planmäßigen Waffenabzug aus dem Frontgebiet.

Im Donbass habe es neue Schusswechsel gegeben: „Das ist schlimm“, kommentierte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Freitag. Den zuvor erzielten Fortschritt bei Waffenruhe und Waffenabzug würdigte Peskow als „wichtige Errungenschaft, die beibehalten werden muss, koste was es wolle“. Mit Blick auf den jüngsten Mörserbeschuss verwies der Kreml-Sprecher auf die Notwendigkeit, dass auch diese Waffen schnellstens aus dem Frontgebiet abgezogen werden.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich in den letzten 24 Stunden stark zugespitzt. Die ukrainischen Truppen haben zwanzig Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

„Von den Positionen der Bataillone der ukrainischen Nationalisten aus Richtung Peski und dem Lüftungsschacht des Butowka-Bergwerks wurden mit Granatwerfern des Kalibers 82mm die Ortschaften Shabunki, Spartak und das Gebiet des Volvo-Zentrums der Stadt Donezk beschossen. Insgesamt wurden mehr als 70 Granatgeschosse abgeschossen.

Mit Artillerie unter Verwendung von Mehrfachraketenwerfersystemen „Grad“ wurden aus Richtung Krasnogorowka Marjinka, Staromichajlowka und der Stadtteil Trudowskije der Stadt Donezk beschossen, auf die mehr als 60 reaktive Geschosse abgefeuert wurden. Die Zahl der Beschüsse von Ortschaften und Positionen der Streitkräfte der DVR mit Schusswaffen und kleineren Granatwerfern geht in die Dutzende“, teilte Eduard Basurin mit.

Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellt eine Fortführung der Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zum Abzug schwerer Waffen durch die ukrainischen Streitkräfte fest.

„So wurde in Mariupol, 24 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von 12 Mehrfachraketenwerfersystemen „Grad“ festgestellt. In Olginka, 12 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von 10 Panzern beobachtet.

Fälle von Verletzungen der Minsker Vereinbarungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte hat auch die OSZE-Mission festgestellt. So wurde im Bericht der Mission vom 5. November an den Abzugsorten der ukrainischen Streitkräfte für schwere Waffen das Fehlen von insgesamt mehr als 30 weitreichenden Waffensystemen, einschließlich 152mm Haubitzen 2S3 „Akazia“, 2A36 „Giazint-B“ und 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ festgestellt.

So sehen wir eine Eskalation der Spannung an der gesamten Kontaktlinie und den Unwillen des offiziellen Kiew den Konflikt auf friedlichem Weg zu lösen. Wir wenden uns an die Außenminister Russlands, Deutschlands und Frankreich, deren Treffen im Format der „normannischen Vier“ in Berlin stattfindet, mit der Bitte, die Aufmerksamkeit auf die Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite im Bereich der Verwendung von Waffen und reaktiven Systemen eines Kalibers über 100mm zu richten und bitten sie, gemeinsam auf die Ukraine einzuwirken, damit diese die übernommenen Verpflichtungen zur Herstellung des Friedens im Donbass erfüllt“, sagte Eduard Basurin.

De.sputniknews.com: In Berlin erörtern die Außenminister des Normandie-Formats (Russland, Deutschland, Ukraine und Frankreich) das Minsker Abkommen zur Beilegung der Ukraine-Krise. Trotz der Waffenruhe haben sich Kiew und die selbst ernannte Volksrepublik Donezk in den letzten Tagen vorgeworfen, gegen diese zu verstoßen.

EU-Ratspräsident Donald Tusk hält Moskau vor, das Minsker Abkommen nicht zu erfüllen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Freitag.

Nach mehr als zwei Monaten Pause beraten die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine in Berlin erneut über das Minsker Abkommen. Das letzte Treffen fand am 12. September in Berlin statt. Am 2. Oktober wurde die Ukraine-Krise in Paris von den Staats- und Regierungschefs des Normandie-Formats erörtert.

Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier zufolge muss die Umsetzung des Minsker Abkommens beschleunigt werden. In einer Erklärung des deutschen Außenamts hieß es, dass die Waffenruhe in der Donbass-Region eingehalten werde. Beide Seiten würden den Austausch von Gefangenen durchführen. Den deutschen Diplomaten zufolge sollen der politische Prozess und die Verfassungsreform die Lage langfristig stabilisieren. Außerdem sollen Lokalwahlen in den selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk abgehalten werden.

In Berlin wird zudem über den ungehinderten Zugang von OSZE-Beobachtern in der ganzen Krisenregion gesprochen. Vor den Gesprächen in Berlin hatte die Kontaktgruppe, bestehend aus Vertretern der OSZE, Russlands und der Ukraine, dazu aufgerufen, die Zahl der internationalen Beobachter in der Ostukraine zu erhöhen und sie mit Überwachungsdrohnen und —kameras auszustatten.

Dem ehemaligen ukrainischen Staatschef Leonid Kutschma zufolge ist es wichtig, dass die Waffen aus der Region zurückgezogen werden. Der Abzug von schweren Waffen mit einem Kaliber unter 100 mm verlaufe nach Plan, sagte seine Sprecherin Darja Oliner. Nach Angaben der zwei Volksrepubliken sind alle Waffen abgezogen worden.

Trotz des Abzugs schwerer Waffen sind nach Angaben der Volksrepublik Donezk die Ortschaften Spartak, Schabitschewo, Saitzewo, Oserjanowka und der Flughafen Donezk von der ukrainischen Armee beschossen worden. Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, kündigte die Wiederaufnahme der Kämpfe gegen die Regierungstruppen an, sollte die am 1. September ausgehandelte Waffenruhe nicht eingehalten werden.

Wie der stellvertretende Kommandeur der Milizen der Volksrepublik Donezk, Eduard Bassurin, sagte, zeugt der häufige Beschuss davon, dass die ukrainische Regierung sich vom Minsker Abkommen zurückzieht und die Streitkräfte nicht unter Kontrolle hat.

Kiew berichtete seinerseits von gezielten Provokationen der Volksrepublik: Der Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexander Turtschinow, sagte: „Wenn die Separatisten nicht den Beschuss von Stellungen des ‚Anti-Terror-Einsatzes‘ beendet, wird der Rückzug der Waffen gestoppt.“

Die Gefechte im Donezbecken könnten die Erfüllung des Friedensabkommens erschweren und die Lockerung der Russland-Sanktionen verhindern. Der ständige Vertreter Russlands bei der OSZE, Alexander Lukaschewitsch, warnte vor der Nichterfüllung des Minsker Abkommens: „Das Dokument ist die einzige Basis für einen nachhaltigen Prozess zur friedlichen Beilegung der Krise und zum Wiederaufbau von Donezk. Es gibt keine andere Alternative.“

EU-Ratspräsident Donald Tusk teilte mit, dass die unvollständige Erfüllung des Minsker Abkommens bei der Überprüfung der Russland-Sanktionen berücksichtigt werde. Tusk deutete damit an, dass ein Ende des Sanktionskrieges zwischen Russland und dem Westen derzeit nicht in Frage kommt.

Experten rechnen jedoch damit, dass sich einige Länder gegen die Verlängerung der Sanktionen stemmen werden. Moskau müsse für die erreichten Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensplans „gelobt“ werden. Eine Lockerung der Sanktionen scheint aktuell jedoch eher ausgeschlossen.

Dan-news.info: Die ukrainische Sprache könnte in nicht ferner Zukunft in der DVR den Status einer zweiten Staatssprache verlieren.

Die Abgeordneten des Volkssowjets haben im Ergebnis der heutigen parlamentarischen Anhörung empfohlen, in der Republik eine breite Umfrage bezüglich der öffentlichen Meinung zu dieser Frage durchzuführen. Wenn die Befragung ein negatives Verhältnis der Einwohner zum Status der ukrainischen Sprache als Amtssprache zeigt, kann das Oberhaupt der DVR eine Änderung in der Verfassung der Republik initiieren.

„Es wird empfohlen die Sinnhaftigkeit der Initiierung und Durchführung einer Befragung bezüglich der öffentlichen Meinung zum Einfügen von Änderungen in die Verfassung der DVR im Teil des Erhalts oder Nichterhalts der ukrainischen Sprache als Staatssprache zu erörtern“, heißt es in dem Text der Resolution, den heute nach der Anhörung der Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin bekannt gab.

Gemäß dem Dokument wenden sich die Abgeordneten an den Ministerrat zur Durchführung einer komplexen wissenschaftlichen Analyse der Verwendung der ukrainischen Sprache auf dem Territorium der DVR.

„Die Ergebnisse der Befragung der Öffentlichkeit werden an das Oberhaupt der DVR zur Entscheidungsfindung über die Notwendigkeit der Einführung von entsprechenden Änderungen in Verfassung und die geltende Gesetzgebung weitergeleitet“, heißt es in dem Text.

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass der Erhalt der ukrainischen Sprache in ihrem jetzigen Status, der im Grundgesetz der Republik festgeschrieben ist, nicht sinnvoll ist. „Die Verfassung der DVR befestigt für die ukrainische Sprache den Status einer Staatssprache gleichberechtigt mit der russischen Sprache. Dies war ein gerechtfertigter Schritt in der konkreten historischen Etappe der Entwicklung der DVR. Gleichzeitig muss man anerkennen, dass diese Entscheidung in erster Linie aufgrund politischer Erwägungen erfolgt, die ihre Aktualität verloren haben“, heißt es in dem Dokument.

„Die bewaffneten Handlungen von Seiten der Ukraine und der Tod von Tausenden von Bürgern in den Kämpfen für die Unabhängigkeit der DVR, die Beschüsse der friedlichen Bevölkerung, die Politik der ökonomischen Blockade unterstützt auch nicht die Popularisierung der ukrainischen Sprache und Kultur unter der Bevölkerung“, heißt es in dem Text.

Denis Puschilin schlug den Abgeordneten auch vor, über seinen Vorschlag nachzudenken – überhaupt den Begriff von Staatssprachen in der Republik abzuschaffen. „Möglicherweise sollten wir uns von dem Begriff „Staatssprache“ als solchen verabschieden und eine offizielle Amtssprache einführen – das wird die russische Sprache sein und weiter werden wir nicht die Rechte derer beschneiden, die in ukrainischer oder irgendeiner anderen Sprache sprechen wollen“, sagte er noch vor dem Beginn der Anhörung.

Ukrinform.ua: Die Ukraine hat sich auf eine mögliche höhere Gewalt, die mit der Einstellung der Lieferungen des russischen Gases verbunden ist, vorbereitet, indem sie eine Milliarde Kubikmeter Gas mehr als in der vorherigen Wintersaison angehäuft hat.

Das sagte während der Fragestunde an die Regierung der Minister für Energie und Kohle-Industrie der Ukraine, Wolodymyr Demtschyschyn, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Es gibt Risikofaktoren: das ist die Möglichkeit von Fällen höherer Gewalt bei Gaslieferungen aus der Russischen Föderation, worauf wir uns auch vorbereiten und in vollem Maße vorbereitet haben. Dafür haben wir derzeit mehr als 1 Milliarde Kubikmeter Gas angekauft, das ist mehr als in der vorherigen Wintersaison“, sagte Demtschyschyn.

Ihm zufolge sollen diese Reserven ausreichen, um die hypothetische Einstellung der russischen Gaslieferungen zu kompensieren: „Mit solcher Gasmenge, da bin ich sicher, werden wir diese Heizsaison ohne jegliche unerwarteten Situationen überstehen“.

De.sputniknews.com: Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat am Freitag in einer Stellungnahme zu den Aussagen des US-Präsidenten Barack Obama über einen möglichen Terroranschlag auf den abgestürzten Airbus A321 angemerkt, dabei handele es sich nur um eine von vielen Spekulationen....

Dan-news.info: Dreizehn Menschen sind vom 30. Oktober bis 6. November als vermisst oder ungesetzlich festgenommen registriert worden. Dies teilte heute der Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa mit.

Nach Angaben des Apparats sind unter den Vermissten sieben Soldaten der DVR, drei Zivilisten und drei politische Gefangene. Insgesamt werden derzeit von der ukrainischen Seite mindestens 1271 Menschen ungesetzlich festgehalten, darunter 465 Soldaten, 577 politische Gefangene und 229 Zivilisten, die keine Beziehung zu dem Konflikt haben. Weiter teilte der Apparat mit, dass in diesem Zeitraum vier Kämpfer der Milizen der DVR durch ukrainische Beschüsse getötet wurden, ein weiterer liegt mit Verletzungen im Krankenhaus.

De.sputniknews.com: Russische Spezialisten haben von allen Fragmenten des Airbus A321 Proben abgeschabt, um diese nach Spuren von Sprengstoff zu untersuchen, wie Zivilschutzminister Wladimir Putschkow am Freitag in einer außerordentlichen Sitzung des Nationalen Anti-Terror-Komitees sagte.

„Alle Proben wurden nach Moskau gebracht und werden zurzeit gründlich untersucht. Dazu sind Spitzenexperten herangezogen, die moderne technische Ausrüstungen einsetzen. Wenn es Spuren von Sprengstoff gibt, werden sie unbedingt gefunden.“ Putschkow zufolge wird das Fazit dieser Untersuchung bekannt gegeben...

De.sputniknews.com: Nach dem Absturz der russischen Passagiermaschine A321 über der Sinai-Halbinsel will auch Russland den Flugverkehr nach Ägypten aussetzen, bis die Ursache der Katastrophe mit 224 Toten geklärt ist. Präsident Wladimir Putin hat am Freitag einem entsprechenden Vorschlag des Inlandsgeheimdienstes FSB zugestimmt.

Zuvor hatte auch die Anti-Terror-Behörde NAK empfohlen, die Flüge bis auf weiteres auszusetzen. Bei einem Treffen mit FSB-Direktor Alexander Bortnikow am Freitag stimmte Putin diesen Empfehlungen zu, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mitteilte.

„Putin beauftragte die Regierung, Mechanismen für die Umsetzung dieser Empfehlungen auszuarbeiten und die Heimkehr der russischen Bürger zu gewährleisten.“ Auch soll das Kabinett gemeinsam mit der ägyptischen Seite Maßnahmen zur Luftfahrtsicherheit treffen...

De.sputniknews.com: Die zynischen Karikaturen des französischen Satire-Magazins „Charlie Hebdo“ zur Katastrophe der russischen Passagiermaschine in Ägypten haben im Gegensatz

zu der Solidaritäts-Kampagne nach der Ermordung von Journalisten des Magazins im Januar im Netz eine Hashtag-Kampagne „#JeNeSuisPaCharlie,, (Ich bin nicht Charlie) hervorgerufen.

Somit hat das Internet ein Verdikt über die beleidigenden Karikaturen ausgesprochen, mit denen die französische Satire-Zeitschrift das Unglück auf der Sinai-Halbinsel mit 224 Toten kommentierte...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30545/87/305458778.jpg>